Vorarlberg

ÖAAB

2025

Leitantrag

Für die Zukunft Vorarlbergs. Für uns.

Veronika Marte
ÖAAB Landesobfrau

Seit dem Landestag 2022 ist viel passiert. Die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen haben sich weiterentwickelt – ebenso wie die Erwartungen an die Politik. Als ÖAAB Vorarlberg war und ist es unser Anspruch, die Anliegen der arbeitenden Bevölkerung mit konkreten Konzepten, starker Stimme und klaren Werten zu vertreten.

In den vergangenen Jahren haben wir intensiv daran gearbeitet, unsere Rolle als gesellschaftspolitischer Taktgeber zu festigen. In einem breit angelegten Diskussionsprozess mit vielen engagierten Mitgliedern sowie Expertinnen und Experten in sieben thematischen Arbeitsgruppen haben wir den vorliegenden Leitantrag für den ÖAAB Vorarlberg 2025 erarbeitet. Die Inhalte sind das Ergebnis engagierter Arbeit – ehrenamtlich, sachlich fundiert, und getragen vom festen Willen, Vorarlberg zu gestalten.

Die Arbeit verändert sich rasant. Digitalisierung, demografischer Wandel, Klimaschutz und Fachkräftemangel fordern uns heraus – sie bieten aber auch Chancen. Damit unsere Region weiterhin zu den lebenswertesten und wettbewerbsfähigsten in Europa zählt, braucht es eine Politik mit Weitblick: Für gerechte Rahmenbedingungen in der Arbeitswelt, für faire Entlohnung, für eine starke Sozialpartnerschaft und für eine neue Wertschätzung gegenüber den Leistungsträgerinnen und Leistungsträgern unserer Gesellschaft.

Unser Ziel bleibt: Vorarlberg soll bis 2035 zum chancenreichsten Lebensraum für Kinder werden – mit besten Bildungsangeboten, leistbarem Wohnraum, zeitgemäßer Infrastruktur und nachhaltigem Umgang mit unserer Umwelt. Dazu braucht es konkrete Maßnahmen – und den Mut zur Veränderung.

Der ÖAAB Vorarlberg steht für christlich-soziale Verantwortung, für soziale Marktwirtschaft und für ein Miteinander, das auf Vertrauen, Eigenverantwortung und Solidarität baut. Mit diesem Leitantrag wollen wir Impulse setzen – für eine Gesellschaft, die sich nicht spaltet, sondern zusammenhält.

Ich danke allen, die an diesem Leitantrag mitgewirkt haben, für ihre Zeit, ihre Ideen und ihren Einsatz. Lasst uns gemeinsam weiterarbeiten – für ein zukunftsfittes Vorarlberg.

Veronika Marte
ÖAAB Landesobfrau

Für ein zukunftsfittes Vorarlberg braucht es eine starke Stimme auf allen politischen Ebenen die für die Anliegen der arbeitenden Bevölkerung eintritt.

GEMEINSAM FÜR DIE ZUKUNFT

Arbeit und Steuern

Die Arbeitswelt verändert sich permanent. Unser Land hat große strukturelle Umbrüche, wie beispielsweise die Veränderung der Textilindustrie, hervorragend bewältigt und zählt heute zu den wettbewerbsfähigsten Regionen Europas. Das ist kein Zufall, sondern das Produkt hochmotivierter Beschäftigter und innovativer Geschäftsleute. Dieses Zusammenspiel kann auch künftig der Garant dafür sein, dass die fortschreitende Digitalisierung in Wohlstand für alle mündet. Arbeit wird durch die Digitalisierung produktiver, woraus sich höhere Einkommen ergeben müssen. Arbeit wird flexibler, was zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie führen muss. Digitale Innovationen können unser Leben als Konsumenten bereichern und müssen mehr Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Das alles wird nicht automatisch geschehen. Es bedarf eines politischen Gestaltungswillens, damit die Vorteile der Digitalisierung bei den Menschen ankommen. Dazu braucht es starke Interessensvertretungen auf Arbeitnehmerseite, die zusammen mit einer auf christlich-sozialen Werten basierenden Politik für Verteilungsgerechtigkeit und sozialen Ausgleich kämpfen.

Schwerpunkte

- Schlüssel Qualifikation
- Bildungsoffensive zum Wohl des Wirtschaftsstandorts Vorarlberg
- Arbeit attraktivieren
- Der Sonntag gehört der Familie
- Gehalt statt Taschengeld
- Zweiter Arbeitsmarkt
- Abfertigung Neu
- Arbeitnehmerfreundliche Modelle zur privaten Vorsorge
- Steuersystem grundlegend umbauen

Schlüssel Qualifikation

Die Voraussetzung für den Erfolg am Arbeitsmarkt liegt in der Bildung. Nur wer mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattet ist, schafft den Einstieg in den Arbeitsmarkt bzw. den Verbleib im Arbeitsmarkt. Eine zentrale Rolle spielt dabei die berufliche Erstausbildung und die berufsbegleitende Weiterbildung. Gerade ein Produktionsstandort wie Vorarlberg ist gut beraten, verstärkt auf die duale Ausbildung zu setzen.

Die Vorbereitung auf die Lehre muss deutlich verbessert werden. Ohne Grundkompetenzen soll kein Schulkind die Schule verlassen. Zusätzlich bedarf es einer Erweiterung der Zusatzangebote für Lehrlinge im Bereich Persönlichkeitsentwicklung und Fördermaßnahmen zur Stärkung analytischer, sozialer und kreativer Kompetenzen.

Die Qualität der dualen Ausbildung muss angehoben werden. Vor allem die Überprüfung der praktischen Ausbildung zur Mitte der Lehrzeit muss flächendeckend für alle Lehrberufe verpflichtend sein. Durch einen Qualitätsbonus für Lehrlinge und Ausbildungsbetriebe sollen entsprechende Erfolgsnachweise honoriert werden.

Die Lehrlingsausbildung muss verstärkt auch in Richtung weiterführender Ausbildungen sowie in Richtung Universitätsreife entwickelt werden. Das gesellschaftliche Ansehen von Lehre und Handwerk muss wieder steigen, dafür sollen Erfolgsmodelle gezielt vor den Vorhang geholt werden.

Durch diese Maßnahmen soll erreicht werden, dass die Lehrlingsausbildung aufgewertet und letztlich auch der Abschluss einer Lehre zu einer deutlich besseren Entlohnung führt.

Bildungsoffensive Vorarlberg

Eine sehr gute Aus- und Weiterbildung ist unbestritten die grundlegende Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufstieg sowohl jedes Individuums als auch der Wirtschaft insgesamt. Nicht zuletzt die duale Lehrlingsausbildung und deren Weiterentwicklung hin zu den High-Tech-Berufen hat den Vorarlberger Industrie- und Gewerbebetrieben einen Wettbewerbsvorteil beschert. Sich nur darauf auszuruhen, wäre allerdings angesichts der raschen Durchdringung vieler Produktionsprozesse mit neuen, digitalen Elementen fatal. Nur wer sich im Bereich der Digitalisierung auf solide Kenntnisse stützen kann, wird künftig den globalen Preis-Leistungs-Wettbewerb in der Produktion sowie Erfolge und Gewinne im Export erzielen. Diese Erfolgsstrategie gilt es nun zu vertiefen und zu verbreitern.

Dazu benötigen die heimischen Unternehmen entsprechend ausgebildetes Personal. Das wiederum bedingt Rahmenbedingungen, die es den fähigen und willigen Mitarbeitern auch ermöglicht, ihre Qualifikationen zu verbessern. Auf dieses große Potenzial an Weiterbildungswilligen zu verzichten, ist sehr kurzsichtig und für die künftige Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Vorarlberg fahrlässig.berg fahrlässig.

Arbeit attraktivieren

Als ÖAAB Vorarlberg begrüßen wir die Idee auf Bundesebene, Überstunden lohnsteuerfrei zu gestalten. Ebenso ist die Erhöhung der Zuverdienstgrenze für Pensionisten ein wichtiger Schritt um Arbeiten im Alter lukrativer zu machen. In einem weiteren Schritt fordern wir die Senkung der Einkommenssteuer für niedrige und mittlere Einkommen, um Mehrarbeit und beruflichen Aufstieg wieder finanziell attraktiver zu machen. Der Familienbonus Plus stellt eine große Entlastung für arbeitende Familien dar und muss erhalten bleiben. Ebenso soll eine weitere Erhöhung der Werbungskostenpauschale angedacht werden.
Für Arbeitgeber soll durch die Verbesserung des Modells Jobticket eine weitere Möglichkeit der steuerfreien Unterstützung der Arbeitnehmer geschaffen werden.

Der Sonntag gehört der Familie

Es gibt eine Reihe von Branchen wie das Kranken- und Pflegewesen, die Gastronomie und Hotellerie sowie Bereiche des öffentlichen Sicherheitswesens, da zählt Sonntagsarbeit selbstverständlich zur Voraussetzung für die Erfüllung der Aufgaben. Der arbeitsfreie Sonntag soll grundsätzlich bleiben, an eine Ausweitung ist nicht gedacht.

Gehalt statt Taschengeld

In Österreich leben rund 1,4 Mio. Menschen mit körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen. Davon besitzen rund 400.000 einen Behindertenpass, was bedeutet, dass diese zu mindestens 50% beeinträchtigt sind. Es benötigt daher klare Maßnahmen, um Menschen mit Beeinträchtigung in die Gesellschaft und in die Arbeitswelt bestmöglich zu integrieren. Ziel ist es, den Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Daher wollen wir alles dafür tun, um sie besonders zu unterstützen und vorhandene Barrieren in allen Lebensbereichen zu beseitigen. In geschützten Werkstätten erhalten Menschen mit Beeinträchtigung für ihre Tätigkeit oft nur ein Taschengeld.

Daher fordern wir die Einführung eines Gehaltes statt des bisherigen Taschengeldes für das Arbeiten in geschützten Werkstätten. Außerdem fordern wir eine Beschäftigungsoffensive für Menschen mit Beeinträchtigung, um ihre Talente z.B. in handwerklichen Berufen oder im Gewerbe bestmöglich einzusetzen.

Digitalisierung

Die Arbeitswelt hat sich in den letzten Jahren stark verändert, besonders durch die Digitalisierung und die Corona-Krise. Diese Veränderungen betreffen sowohl das Privat- als auch das Berufsleben und bringen sowohl Chancen als auch Risiken mit sich. Die Digitalisierung ermöglicht neue Arbeitsformen, insbesondere durch das mobile Internet und Cloud-Lösungen, die flexiblere Arbeitszeiten und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Gleichzeitig stellt sie jedoch auch Herausforderungen dar, wie die Notwendigkeit, Mitarbeiter rechtzeitig zu qualifizieren und ein Umdenken bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu fördern. Die Politik ist gefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, um Chancengleichheit zu gewährleisten und den Ausbau der Breitband-Datennetze voranzutreiben, die für die Entwicklung aller Regionen Vorarlbergs wichtig sind.

Zweiter Arbeitsmarkt

Die Digitalisierung von Produktionsabläufen verändert die Arbeitswelt und bietet viele Chancen für die arbeitende Bevölkerung. Viele Menschen bleiben durch diesen Strukturwandel jedoch auf der Strecke und haben im ersten Arbeitsmarkt keinen Platz mehr. Genau für diese Menschen muss eine verantwortungsvolle, von christlich-sozialem Gedankengut getragene Politik ein Angebot haben.

Aufbauend auf den bereits bestehenden Arbeitsmarktinitiativen muss es in einem nächsten Schritt zu sozialökonomischen Betrieben (Sie verfolgen sowohl soziale bzw. arbeitsmarktpolitische als auch wirtschaftliche Ziele, sind anders als Gemeinnützige Beschäftigungsprojekte am Markt tätig und bieten – gleich wie andere Wirtschaftsbetriebe – Produkte und Dienstleistungen zu Marktpreisen an.) kommen, die ihre Klienten mit Umschulungsmaßnahmen bei der Berufssuche nach der vorübergehenden Beschäftigung unterstützen.

Abfertigung Neu

Der ÖAAB Vorarlberg hat mit der Abfertigung Neu ein sehr gutes Modell geschaffen. Klar ist, dass die vom ÖGB verhandelte Beitragshöhe von 1,53% zu gering ist und schnellstens angepasst und auf 2,5% erhöht werden muss.

Das Modell der „steuerfreien Zukunftsvorsorge“ in Form jährlicher Freibeträge zur steuerfreien und lohnnebenkostenfreien Investition in Lebens-, Unfall- oder Krankenversicherung von Mitarbeitern durch den Arbeitgeber muss ausgebaut und die Beträge erhöht werden.

Arbeitnehmerfreundliche private Vorsorge

Als ÖAAB Vorarlberg setzen wir uns für die Einführung einer Behaltefrist von Wertpapieren wie zum Beispiel ETFs ein, da sie selbständiges Ansparen und Investieren in die Zukunft unterstützt. Erwirtschaftetes und erspartes Geld der Arbeitnehmer soll nicht bestraft werden. Gerade als weitere Säule der Pensionsvorsorge gibt es hier große Potenziale.

Steuersystem grundlegend umbauen

Die ökosoziale Steuerreform ist ein erster Schritt in Richtung einer Transformation unseres Steuersystems, um den Ertrag aus Arbeit aufzuwerten und klimafreundliches Handeln zu belohnen. Die Abschaffung der Kalten Progression ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Wir müssen die Steuerlast des Durchschnittsverdieners senken, dafür aber Teile des in den letzten Jahrzehnten gestiegenen Kapitalvermögens besteuern. Wir verstehen unter sozialer Gerechtigkeit, dass jene, die es sich leisten können, einen entsprechenden Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten müssen. Die Augen vor den volkswirtschaftlichen Fakten zu verschließen und zu versuchen, die künftigen Herausforderungen für den Staat wie die Finanzierung des Gesundheitssystems der Pflege, der Pensionen oder der Infrastruktur ausschließlich von den arbeitenden Menschen finanzieren zu lassen, wird nicht funktionieren.

Ähnliches gilt für die derzeit ausschließlich an der Erwerbsarbeit angeknüpften Beiträge in die Sozialversicherung. Hier wird eine sachliche Diskussion über eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage vonnöten sein, wenn der Grundsatz der Kostenentlastung des Faktors Arbeit ernst gemeint ist.

Faire Bezahlung der Arbeit

Österreich hat im EU-Vergleich zwar günstige Zahlen, was das Phänomen des „working poor“ betrifft, trotzdem könnte ein gesetzlicher Mindestlohn oder ein General-Kollektivvertrag die prekäre Einkommenssituation betroffener Beschäftigter deutlich verbessern.

Der Nettolohn für die in voller Arbeitszeit erbrachte Leistung muss in Zukunft noch stärker über der bedarfsorientierten Mindestsicherung liegen. Sämtliche vertragsrechtliche Konstruktionen wie Kettenarbeitsverträge oder Scheinselbstständigkeiten, die einer fairen Bezahlung im Wege stehen, sind zu bekämpfen.

Bildung und Schule

Bildung ist eine zentrale Aufgabe des 21. Jahrhunderts. Die Schule ist ein wichtiger Ort für die gesamte Gesellschaft. Die Rolle der Eltern ist dabei zentral, die Schule kann deren Aufgabe nicht übernehmen. Politische Entscheidungen sind aber so zu treffen, dass Eltern ihrer Erziehungsaufgabe optimal nachkommen können. Kindern und Jugendlichen soll eine von Herkunft unabhängige Schullaufbahn ermöglicht werden, die auf den jeweiligen sozialen, gesellschaftlichen und regionalen Talenten, Interessen und Fähigkeiten aufbaut. Dieses Ziel ist durch die Beibehaltung des zweigliedrigen Systems, jedoch durch Verstärkung der Sprachförderung im frühkindlichen und Vorschulbereich und den Ausbau der Unterstützungssysteme im Pflichtschulbereich (Volksschulpaket, Ressourcen für Schulen mit besonderen Herausforderungen) sowie durch eine Verbesserung des Aufnahmeverfahrens im Gymnasium zu erreichen.

Schwerpunkte

- Elementarpädagogik
- Pflichtschule
- Primarstufe
- Sekundarstufe
- Sonderpädagogik
- Gymnasium, mittlere und höhere Schulen
- Duale Ausbildung
- Pädagogische Hochschule Vorarlberg
- Schulorganisation
- Das Bild der Lehrenden
- School Nurse und Ernährung
- Lebensbegleitendes Lernen

Elementarpädagogik

Um die Gemeinden zu entlasten und elementarpädagogische Angebote bedarfsgerechter gestalten zu können, braucht es gewisse einheitliche Qualitätsstandards. Um den guten Einstieg in die Pflichtschule zu gewährleisten soll eine frühe Sprachförderung nach Qualitätsstandards forciert werden, dabei ist die Mitwirkungspflicht der Eltern einzufordern. Es sind mehr Ressourcen zur Deutschförderung erforderlich.

Pflichtschule

Schüler, deren Pflichtschulabschluss gefährdet ist, müssen verpflichtend und positiv gefördert werden. Da die Infrastruktur der Schulen von den Gemeinden abhängt, müssen diese dabei unterstützt werden, Schulen auch im ländlichen Raum nachhaltig zu sichern. Der Wohnort der Eltern darf nicht über die Bildungslaufbahn der Kinder entscheiden. Die stark gestiegene Zahl privater Pflichtschulen mit Schulgeld, insbesondere im Vorarlberger Unterland, ist eine Herausforderung für die Qualität der staatlichen Schulen und somit eine Gefährdung des Prinzips des kostenlosen Schulbesuches. Schulen müssen weiter administrativ entlastet werden und mehr Unterstützungspersonal bekommen. (Fachkräfte für soziale Arbeit, Erziehende, Lerntrainer etc.)

Primarstufe

Das „Vorarlberger Volksschulpaket“ ist ein wichtiger erster Schritt zur Verbesserung der individuellen Fördermöglichkeiten in der Grundstufe I. So kann das Lehrpersonal von Beginn an besser auf die individuellen Lernbedürfnisse der Erstklässler eingehen. Eine Volksschule ist keine Erziehungsanstalt, die Kernaufgabe der Volksschule muss es sein, die Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen bis zum Ende der Primarstufe allen Schülern zu vermitteln. Die Sprachförderklassen benötigen mehr Ressourcen und sollen in die Schulautonomie übergeben werden.

Sekundarstufe

Zur Attraktivierung der Mittelschulen sind Spezialisierungen (Sport-, Musik-, Kreativmittelschulen, MINT, etc.) zu forcieren. Die Mittlere Reife, ein positiver Abschluss der Pflichtschule bis zum 18. Lebensjahr, muss für jene gesetzlich sichergestellt werden, die keinen positiven Abschluss der 9. Schulstufe erreichen. Die Sekundarstufe soll einerseits den Weg in weiterführende Schulen, andererseits auch jenen in die duale Ausbildung ebnen. Die Gleichwertigkeit dieser Ausbildungswege ist durchgängig zu betonen.

Sonderpädagogik

Ein selbstständiger Ausbildungszweig für Sonderpädagogik muss an der Pädagogischen Hochschule wiedereingeführt werden. Vorarlberg braucht besondere pflegerische Angebote für Kinder, die durch ihre Beeinträchtigung nicht klassisch beschulbar sind. Das Konzept zur Förderung in Kleingruppen für verhaltensauffällige Kinder ohne sonderpädagogischen Förderbedarf soll umgesetzt werden. Im Bereich der Ausbildungen für Lehrpersonal im Umgang mit autistischen Kindern ist eine Ausweitung und Professionalisierung notwendig. In Vorarlberg sind bereits jetzt Integrationsklassen und Kleinklassen oft im selben Schulgebäude untergebracht. Es dürfen keine Sonderschulstandorte mehr aufgelöst werden.

Pädagogische Hochschule Vorarlberg

Die Ausbildung der notwendigen Anzahl von Pflichtschullehrern in Vorarlberg muss gewährleistet sein. Daher soll diese auch verstärkt berufsbegleitend erfolgen, wobei insgesamt eine Ausbildungsdauer von drei Jahren ausreichend ist. Die Lehrerweiterbildung soll in Kooperation mit der Erwachsenenbildung erfolgen. Die Qualität der Angebote bei der Erwachsenenbildung und Fortbildung muss hinterfragt und

Duale Ausbildung

Im Interesse der Qualitätssicherung und zur eigenen Standortbestimmung für die Schüler ist zur Halbzeit der dualen Berufsausbildung eine praktische Prüfung abzulegen. Durch einen Qualitätsbonus für Lehrlinge und Ausbildungsbetriebe sollen entsprechende Erfolgsnachweise honoriert werden. Die duale Ausbildung ist ein echtes Erfolgsmodell, bei der durch Berufsschule auf der einen und Lehre im Betrieb auf der anderen Seite Theorie und Praxis eng miteinander verbunden sind. Diese wirkungsvolle Verbindung von Theorie und Praxis garantiert wirtschaftlichen Erfolg. Daher braucht es ein ausgewogenes Verhältnis von Maturanten, Akademikern und Fachkräften aus dualen Ausbildungswegen. Die duale Akademie soll verstärkt gefördert werden.

Begabtenförderung

„Schulpreise“ helfen in der täglichen Arbeit nicht weiter, verstärkt soll es Preise für Schulkinder (Sprachen, Rhetorik, MINT, etc.) geben.

Gymnasium, mittlere und höhere Schulen

Ein eigenes Aufnahmeverfahren für das Gymnasium bzw. die Sekundarstufe II (BORG, HTL, HAK, HLW, HLT etc.) soll zusätzlich zur Volksschulnote bzw. dem Abschlusszeugnis der 8. Schulstufe über die Aufnahme entscheiden, um eine mögliche Abhängigkeit vom sozioökonomischen Status der Eltern auszuschließen.

Die neue Reifeprüfung, die seit 2015 in Kraft ist, ist durch „Corona-Maßnahmen" seit 2020 weiter „verwässert" worden. Österreich entschließt sich zu einer „echten Zentral Matura" nach bayrischem Vorbild (z.B. mit Literaturkanones in allen Sprachen). Aus Gründen der Qualitätssicherung ist die Wiedereinführung des – 2020 abgeschafften – externen Maturavorsitzes dringend notwendig. Ebenso soll die Einberechnung der Zeugnisnote bei der mündlichen Matura wieder abgeschafft werden. Im Bereich der psychischen Gesundheit sind mehr Ressourcen für Bundesschulen notwendig.

Schulorganisation

Mittel-, Polytechnische - und Allgemeine Sonderschulen müssen in einer vertretbaren Entfernung zum Wohnort der Eltern sein. Schulische Testungen (PISA, PIRLS, BIST, TIMSS, etc.) sind so zu gestalten, dass sie für die Lernenden notenwirksam werden und den österreichischen Lehrplänen entsprechen. Der administrative Aufwand an Schulen muss dringend reduziert werden. Um die einzelnen Schultypen qualifiziert weiterentwickeln zu können, muss die fachspezifische Schulaufsicht wiedereingeführt werden. Das Konzept Direktor muss im Dienstrecht überarbeitet und besser bezahlt werden, um weiterhin geeig-

Das Bild der Lehrenden

Die Qualität der Schule steht und fällt mit der Qualität der Lehrenden.

Um dem allgemeinen Mangel an pädagogischem Personal entgegenzuwirken, muss das Berufsbild durch verschiedene Maßnahmen attraktiver gestaltet werden. Dazu gehören faire Bezahlung, ein modernes Dienstrecht mit Rücksichtnahme auf die Herausforderungen des schulischen Alltags sowie eine hohe Qualität in der Ausbildung. Die pädagogische Ausbildung der Quereinsteiger muss ausgebaut werden. Ein fach-

liches 1:1 Mentoring für Junglehrer und Quereinsteiger soll angedacht werden. Das Lehramtsstudium ist weiterhin erstrebenswert und fachliche Kenntnis soll weiterhin hohen Stellenwert genießen.
Auch sollen Anreize geschaffen werden, die das Weiterarbeiten über das Pensionsalter attraktiv machen. Damit Lehrende ihrer anspruchsvolleren Tätigkeit nachkommen können, müssen sie durch Fachkräfte für soziale Arbeit, Erziehende, psychologische Fachkräfte, etc. in Aufgaben unterstützt werden, für die sie nicht zuständig sind. Die administrative Entlastung muss in Brennpunktschulen verstärkt durchgeführt werden. Führungspersönlichkeiten im Schulbereich, insbesondere für die Leitung einer Direktion, müssen deutlich besser bezahlt werden. Die neue Ressourcenzuteilung mittels Sozialindex sowie die Erhöhung der administrativen Entlastung für das Lehrpersonal sind dezidiert zu begrüßen.

School Nurse und gesunde Ernährung

Analog zur neu eingeführten „Community Nurse“ soll auch das System der „School Nurse“ ausgebaut werden. Als Ansprechperson und Informationsdrehscheibe soll diese die Aufklärungsarbeit über gesunde Ernährung, Gesundheitsvorsorge und andere gesundheitsrelevante Themen für Schulkinder leisten. Diese soll eine Ergänzung zu den Schulärzten sein. Die Schulen sollen bei der Suche nach Kantinenbetreibern verstärkt unterstützt werden.

Lebensbegleitendes Lernen

Weiterbildungsmaßnahmen müssen rechtzeitig einsetzen, um Arbeitslosigkeit präventiv zu bekämpfen. Die (kostenlosen) Abendschulen des Bundes sollen der Erwachsenenbildung übergeben werden. Außerdem sollen Anreize für Abschlüsse geschaffen werden.
Vorarlberg hat eine leistungsfähige Erwachsenenbildungslandschaft, die auch aufgrund ihres hohen Anteils ehrenamtlich Tätiger in besonderer Weise förderungswürdig ist. Dafür stellen Bund und Land die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung. Die Angebote der Weiterbildungseinrichtungen sind mit den Aufgaben des öffentlichen Schulwesens in regelmäßigen Abständen abzustimmen und zu koordinieren. In Vorarlberg kann die Organisation der internationalen Schule durch die Erwachsenenbildung übernommen werden.

Familie und Gesellschaft

Die Familie ist die wichtigste Gemeinschaft, das stärkste Band und eine der größten Kraftquellen für die Menschen. Familien bilden das Rückgrat unserer Gesellschaft, sie geben den Menschen Halt. Vorarlberg soll bis 2035 zum chancenreichsten Lebensraum für Kinder werden. Der ÖAAB Vorarlberg tritt dafür ein, hier die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Schwerpunkte

- Wahlfreiheit
- Transfer- und Sachleistungen
- Familienfreundliche Arbeitsplätze
- Betreuungsangebote vielfältig und leistbar gestalten
- Bewährte Programme fortführen
- Gerechtigkeit bei Pensionen

Wahlfreiheit

Jede Familie soll für sich selbst entscheiden können, wie Berufstätigkeit, Kindererziehung und Haushalt organisiert werden. Wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen, dass tatsächliche Wahlfreiheit gegeben ist. Dazu ist ein Fokus auf den Ausbau der Kinderbetreuung im ländlichen Raum erforderlich. Vorurteile gegen Väterbeteiligung müssen abgebaut werden, die Väterbeteiligung soll mit einem umfassenden Maßnahmenpaket erhöht werden. Selbstgewählte Lebens- und Betreuungsmodelle wie familienbedingte Teilzeitarbeit oder partnerschaftliche Betreuung der Kinder dürfen nicht zu Altersarmut führen. Wir wollen familienbedingte Teilzeit als Ausdruck der freien Lebensgestaltung unterstützen und negative Konsequenzen auf die Pension durch geeignete Maßnahmen abfedern. Familienbedingte Teilzeit ist ein Dienst an der Gesamtgesellschaft.

Familienfreundliche Arbeitsplätze

Damit Eltern so viel Zeit für ihre Kinder und ihre Familie aufbringen können, wie sie selbst es für richtig halten, muss auch das Arbeitsumfeld entsprechend gestaltet sein: Mit flexiblen Arbeitszeiten, hochwertigen Betreuungsangeboten, zeitgemäßen Karenzmodellen und anderen Anpassungen an die Bedürfnisse von Familien. Unternehmen, die gute Kinderbetreuungsangebote anbieten, führen zu einer win-win-Situation, die sie auch als Arbeitgeber attraktiv macht.

Bewährte Programme fortführen

Familien, Gemeinden und Unternehmen sollen weiterhin dabei unterstützt werden, Vorarlberg familienfreundlicher zu gestalten. Darum sollen bewährte Initiativen wie „Vorarlberg lässt kein Kind zurück", „Familie Plus", „Kinder essen körig" oder „Familienfreundlicher Betrieb" fortgeführt und weiter ausgebaut werden. Die Investition in präventive Maßnahmen ermöglicht Kindern und Jugendlichen ein gesundes Aufwachsen in einem sozial sicheren Umfeld, erhöht die Chancengerechtigkeit und sorgt letztlich langfristig für eine finanzielle Entlastung des Sozialbudgets. Daher sollen präventive Maßnahmen für Familien möglichst früh ansetzen, um Probleme angehen zu können, bevor sie entstehen. Projekte im Bereich der Schulsozialarbeit und psychotherapeutische Angebote sollen weitergeführt und ergänzt werden.

Transfer- und Sachleistungen

Zur Sicherung der Existenzgrundlage für Familien sollen weitere Reformen des Steuersystems umgesetzt werden. Neben Maßnahmen wie dem Familienbonus Plus, verpflichtendes Pensionssplitting und einer Anerkennung von Kinderbetreuungszeiten im Pensionssystem bedarf es einer guten Mischung aus finanziellen Transfer- und tatsächlichen Sachleistungen für Familien in Vorarlberg. Eltern tragen Verantwortung für ihre Kinder, hierbei soll der Fokus auf der Hilfe zur Selbsthilfe liegen.

vielfältige und leistbare Betreuungsangebote

Kinder- und Schülerbetreuungsangebote in Vorarlberg müssen die Vielfalt neuer Arbeitswelten berücksichtigen und bedarfsorientiert (auch für die Sommermonate) ausgebaut werden sowie durch Anpassung der Elternbeiträge leistbar bleiben. Dazu gehören klassische Betreuungsangebote aber auch Modelle wie Tageseltern, Au-pair, Leih-Omas und -Opas, Spielgruppe, etc. Auch ein ganzheitliches Verpflegungskonzept mit einem nachhaltigen und gesunden Angebot an Vorarlberger Betreuungseinrichtungen muss realisiert werden. Das Vorarlberger Programm „Kinder essen körig“ soll weiter konsequent ausgebaut und weiterentwickelt werden.

Gerechtigkeit bei Pensionen

Berufstätige Frauen sind in Österreich beim Erwerbseinkommen immer noch schlechter gestellt als ihre männlichen Kollegen, insbesondere bei Frauen, die Kinder haben. Dieser Nachteil aus der Unterbrechung der beruflichen Laufbahn durch Zeiten der Kindererziehung muss mittels einer verpflichtenden Aufteilung der Pensionsversicherungsbeiträge bzw. einem Pensionssplitting ausgeglichen werden.

Gesundheit und Prävention

Gesundheit entsteht in allen Lebenswelten und ist eine Aufgabe der gesamten Politik und hat daher auch einen entsprechend hohen Stellenwert beim Vorarlberger ÖAAB. Die gesellschaftsbezogenen Public Health-Sichtweisen müssen gestärkt werden. In den Politikbereichen, in denen Gesundheit mitgestaltet wird, soll mit gesetzlichen Mitteln diese Verantwortung stärker in den Fokus gerückt werden. Besonders im Personal- und im niedergelassenen Bereich bedarf es neuer Ansätze, um auch zukünftig eine qualitativ hochwertige Versorgung aller Menschen in Vorarlberg gewährleisten zu können. Gestiegene gesundheitliche Belastungen und auch psychische Auswirkungen müssen bei Schritten der Modernisierung im Gesundheitsbereich berücksichtigt werden.

Schwerpunkte

- Betriebliche Gesundheitsförderung
- Sicherung der Haus- und Vertragsärzte
- Wiedereingliederung nach schwerer Krankheit
- Digitalisierung im Gesundheitsbereich

Betriebliche Gesundheitsförderung

Das Salvus-Unternehmensnetzwerk für Betriebliche Gesundheitsförderung (BGF) unterstützt Vorarlberger Betriebe dabei, die Gesundheit ihrer Mitarbeiter systematisch zu fördern. Unternehmen profitieren von erhöhter Arbeitsfähigkeit, Motivation und Zufriedenheit der Beschäftigten sowie von reduzierten Fluktuationsraten. Unternehmen, die sich in der betrieblichen Gesundheitsförderung engagieren, sollen durch steuerliche Entlastungen in diesem Bereich unterstützt werden.

Gesund aufwachsen in Vorarlberg

Übergewicht bzw. Adipositas ist eine weltweite Epidemie, die vielfach bereits im Kindesalter beginnt. Hier braucht es eine gesamtheitliche Strategie in den Bereichen gesunde Ernährung, Bewegung und Gesundheitsvorsorge um diese Entwicklung zu bekämpfen. Ebenso soll die Einführung eines Schulfachs Gesundheitsbildung angedacht werden. Der ÖAAB Vorarlberg setzt sich außerdem für den weiteren Ausbau des Modells School Nurse und Community Nurse ein.

Psychische Gesundheit

Angesichts gestiegener psychischer Belastungen sollen Präventionszentren ausgebaut, Initiativen wie Care Management gebündelt und koordiniert sowie ausreichende Sachleistungsversorgung für die Behandlung psychischer Krankheiten ermöglicht werden. Der ÖAAB fordert einen bedarfsgerechten Zugang zur Psychotherapie, der es psychisch kranken Menschen ermöglicht, ohne finanzielle Hürden eine auf die individuellen Bedürfnisse angepasste psychologische oder psychotherapeutische Behandlung zu erhalten. Dazu soll der Ausbau der psychosozialen Dienste, besonders in den Bildungseinrichtungen, weiter forciert werden.

Wiedereingliederung nach schwerer Krankheit

Die schrittweise Wiedereingliederung von Menschen nach schweren Unfällen und Erkrankungen in den Arbeitsmarkt ist eine langjährige Forderung des ÖAAB Vorarlberg. Menschen, die einen schweren Unfall oder eine Erkrankung erlitten haben, sollen schrittweise wieder in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden. Was in der Privatwirtschaft durch das Wiedereingliederungsteilzeitgesetz umgesetzt wurde, soll auch für öffentlich Bedienstete insbesondere in Kranken- und Pflegeanstalten möglich sein - unkompliziert, praxistauglich und unbürokratisch!

Digitalisierung im Gesundheitsbereich

Die Corona-Pandemie hat die Vorteile der Digitalisierung im medizinischen Bereich klar aufgezeigt, daher sollen diese im Zuge der Corona-Krise erprobten Errungenschaften erhalten bzw. weiter ausgebaut werden: e-Impfpass, e-Rezept, e-Befund, e-Medikation, e-Transportschein, e-Card am Handy, etc. Dadurch darf jedoch kein Nachteil für Patienten entstehen, in dem die Daten ausgenutzt werden um höhere Beiträge einzufordern. Die Abmeldung von der elektronischen Gesundheitsakte ELGA soll nur unter bestimmten Bedingungen ermöglicht werden. Ein weiterer Ausbau der digitalen Gesundheitsberatung und Telemedizin wie zum Beispiel die Hotline 1450 soll zur Entlastung der Primärversorger vorangetrieben werden.

Sicherung der Haus- und Vertragsärzte

Eine flächendeckende Gesundheitsversorgung mit ausreichender ärztlicher Versorgung soll gewährleistet werden. Wir setzen uns dafür ein, Kassenstellen weiter zu attraktivieren und auch flexiblere Arbeitszeiten für Kassenärzte zu ermöglichen sowie das Wahlarztsystem zu überarbeiten, um eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Ergänzungen des öffentlichen Gesundheitssystems durch Poolversicherungsmodelle sind positiv zu sehen und entlasten die Krankenkassen.

Jugend und Chance

Jugendpolitik versteht sich als Querschnittsmaterie und betrifft alle politischen Handlungsfelder gleichermaßen. Jugendliche zu einem verantwortungsbewussten, selbstbestimmten Leben zu befähigen, ist Ziel des Vorarlberger ÖAAB und der Vorarlberger Jugendpolitik. Alle Jugendlichen sollen dabei die gleichen Chancen haben, niemand wird zurückgelassen. Entscheidend ist dabei die Mitbestimmung: Sie gibt jungen Menschen eine wichtige Stimme in unserer Gesellschaft, sie sichert ihnen einen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft. Der Erwerb von Wissen und Können in der Schule, in der Ausbildung und im Studium verlangt von den Jugendlichen auch Anstrengung und Überwindung, die in ihrem eigenen Interesse von ihnen einzufordern sind. Dabei soll besonderen Wert auf das Erreichen eines Pflichtschulabschlusses sowie auf die Erlangung der Kernkompetenzen in Lesen, Schreiben und Rechnen gelegt werden.

Schwerpunkte

- Psychische Gesundheit und Gewaltprävention
- Förderung von jungen Menschen ohne Abschluss
- Politische Beteiligung Jugendlicher
- Chancengleichheit
- Mobilität
- Junges Wohnen
- Neue Medien

Chancengleichheit

Allen Jugendlichen in Vorarlberg sollen die gleichen Chancen geboten werden. Wir wollen, dass die Träume junger Menschen in Erfüllung gehen können. Insbesondere sollen Jugendliche bei der Findung ihres individuell geeigneten Bildungs- und Berufswegs unterstützt werden, unabhängig davon, ob sie sich für eine Lehre, eine schulische Ausbildung oder ein Studium entscheiden. Der Lehrplan für Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf (SPF) endet zu früh und es fehlen die gesetzlichen Grundlagen, um inklusive Bildung über die Pflichtschulzeit hinaus zu gewährleisten. Hier ist eine Evaluierung notwendig.

Politische Beteiligung Jugendlicher

Österreich ist bereits Vorreiter im Bereich der Jugendbeteiligung. Um das hohe Interesse junger Menschen an Politik weiterhin zu nutzen, müssen weitere Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen bei politischen Entscheidungen, aber auch auf betrieblicher Ebene, geschaffen werden. Dafür ist die Stärkung verschiedener Institutionen und Online-Möglichkeiten notwendig, in denen junge Menschen politische und betriebliche Forderungen artikulieren und beschließen können. Das Ehrenamt bei jungen Menschen soll besonders gefördert werden. Eine zentrale Online-Informationsplattform zu ehrenamtlichen Tätigkeiten für junge Menschen soll etabliert werden.

Förderung von jungen Menschen ohne Abschluss

Junge Menschen, die keine Ausbildung abgeschlossen haben, dürfen wir nicht im Stich lassen. Hier müssen rechtzeitig Maßnahmen gesetzt werden, um zu verhindern, dass sie zu Langzeitarbeitslosen von morgen werden. Die Beschäftigungsgarantie für Jugendliche in Vorarlberg soll daher beibehalten und auch Umschulungs- oder Qualifizierungsmaßnahmen schon am Beginn eines Erwerbslebens gefördert werden. Dabei soll besonderen Wert auf das Erreichen eines Pflichtschulabschlusses sowie auf Erlangung der Kernkompetenzen gelegt werden.

Junges Wohnen

Um junge Menschen beim Start in ein selbstständiges Erwerbsleben bestmöglich zu unterstützen, müssen wir Junges Wohnen und die frühzeitige Schaffung von Eigentum fördern. Verschiedene Modelle zur Förderung von Starterwohnungen für Junge in Gemeinden, wie das Programm „Wohnen 550“ oder die Schaffung von attraktiven und geförderten Miet-/Kauf-Modellen, sind hier klar zu bevorzugen.

Mobilität

Gelegenheit und Anlass für einen bedarfsgerechten weiteren Ausbau der sanften Mobilität bringen die Ökosoziale Steuerreform, das Klimaticket und ein gestärktes Bewusstsein für Alternativen zum Auto, gerade bei jungen Menschen. Die Ticketpreise in Vorarlberg sollen weiter verbessert und das Angebot mit zusätzlichen Verbindungen vergrößert werden. Um den öffentlichen Verkehr weiter zu verbessern, soll die Sicherheitssituation an Bahnhöfen und in öffentlichen Verkehrsmitteln weiter verbessert werden.

Neue Medien

Neue Medien spielen eine immer größere Rolle im Informationskonsum von Kindern und Jugendlichen. Aufklärung über Gefahren im Netz, Hilfestellung bei Cybermobbing oder die Vermittlung von kritischem Denken soll Kindern und Jugendlichen die nötige Kompetenz für einen sicheren Aufenthalt in der virtuellen Welt verschaffen. Zu diesem Zweck soll eine Beratungsstruktur für Eltern geschaffen werden. Auch eine Verpflichtung der Eltern zu solchen Schulungen soll evaluiert werden. Ein Ausbau der Finanzbildung für junge Menschen ist ebenso erforderlich.

Psychische Gesundheit und Gewaltprävention

Mentale Gesundheit und eine damit verbundene Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen im Umgang miteinander ist ebenso wichtig wie der Ausbau der psychosozialen Unterstützungssysteme. Gewalt- und Mobbing-Prävention an Schulen und in Jugendhäusern müssen konsequent weiterbetrieben

Klima und Nachhaltigkeit

Als ÖAAB Vorarlberg setzen wir uns für eine nachhaltige und klimafitte Zukunft ein und fordern weitere Maßnahmen in diesem Bereich. Vorarlberg hat hier in den letzten Jahrzehnten bereits einige Meilensteine gesetzt: Beschluss der Energieautonomie+ 2030 oder auch im Jahr 2018 der Weg zur klimaneutralen Landesverwaltung unter LR Christian Gantner. Um das 1,5 Grad Ziel erreichen zu können, sind wir alle – Kommunen, Regionen und Länder – selbst gefordert, Maßnahmen zum Schutz des Klimas umzusetzen und gleichzeitig sich an das bereits verändernde Klima anzupassen. Dabei sind die sozialen Auswirkungen des Klimawandels unter dem Aspekt des leistbaren Klimaschutzes stets mit zu berücksichtigen und mit entsprechenden Förderungen entgegenzuwirken. Ein neues Bewusstsein für den Erhalt unserer Umwelt ist Herausforderung und Chance zugleich: Gelebte Nachhaltigkeit erstreckt sich über sämtliche Bereiche – jedes eingesparte Kilogramm CO2 zählt!

Schwerpunkte

- Klimastrategie des Landes
- Regionalität und Landwirtschaft
- Gebäude und Flächenmanagement
- Abfallvermeidung
- Arbeits- und Wirtschaftsstandort
- Mobilität
- Bildung
- klimafitte Zukunft

Klimastrategie des Landes

Die Klimastrategie des Landes fußt auf drei Säulen. Säule eins ist der Klimaschutz, die sowohl die energiebedingten als auch die nicht energiebedingten Treibhausgasemissionen umfasst. Hier setzt die Strategie Energieautonomie+ 2030 an. Eines der Hauptziele ist die Unabhängigkeit von importierten Energieträgern und die Diversifizierung der erneuerbaren Energiequellen. Dabei soll die internationale Kooperation weiter ausgebaut werden. Im Zuge dieser Maßnahmen soll auch das e5-Programm der Gemeinden forciert werden. Die zweite Säule ist die Klimawandelanpassung, die all jene Maßnahmen umfasst, die aufgrund der veränderten Bedingungen notwendig werden (z.B. Hochwasserschutz). Die dritte Säule umfasst das Thema Landnutzung: Moore und Wald sind ein wichtiger Speicher von Treibhausgasen und daher auch ein zentrales Element im Klimaschutz.

Gebäude- und Flächenmanagement

Aufgrund der Vorarlberger Geografie ist in unserem Bundesland aktives Leerflächen- und Leerstandsmanagement notwendig, statt immer neue Flächen zu verbauen. Dies gilt für uns als erste ökologische Maßnahme: Freiflächen sind Zukunftsflächen!

Im Bereich der Planung und Umsetzung von Gebäuden muss Nachverdichtung in Wohngebieten behutsam, in klar definierten Verdichtungszonen vorgenommen werden und unter Einbindung aller Betroffenen erfolgen. Bei Sanierungen von Einfamilienhäusern soll eine Sanierungsförderung “Aus 1 mach 2” angedacht werden, um so den Flächenverbrauch pro Person zu reduzieren.

Ökologisches Bauen mit regionalen Ressourcen und erneuerbaren Energiesystemen muss im Vordergrund stehen. Die Vorarlberger Landesverwaltung soll hier im eigenen Wirkungsbereich mit gutem Beispiel vorangehen und gesetzliche Regelungen für Photovoltaik-Pflicht (direkte Umwandlung von Lichtenergie, meist aus Sonnenlicht, mittels Solarzellen in elektrische Energie) ab einer Dachflächengröße von 200 m2, Holzbaukonstruktionen, Dach- sowie Fassadenbegrünungen umsetzen.

Im Neubau werden erneuerbare Energieträger für die Raumwärme zum Standard in der Wohnbauförderung und im Baurecht. In Wohnanlagen sollen Konzepte wie Blockheizkraftwerke weiter etabliert werden.

Klimafitte Parkplätze sollen in der Wohnbauförderung verankert werden. Oberflächenbefestigungen sollen künftig versickerungsfähig sein, wodurch sie Niederschläge direkt aufnehmen können.

Arbeits- und Wirtschaftsstandort

Besonders in neuen, sogenannten Green Jobs, die durch den Klimaschutz entstehen, fehlen in Vorarlberg oft die Fachkräfte. Zu diesen zählen unter anderem Installateure und Elektriker. Daher sollen entsprechende Ausbildungszweige (z.B. Energie- und Gebäudetechnik HTL Rankweil) öffentlich finanziert und eine Ausbildungsoffensive für diese Lehrberufe initiiert sowie attraktive Green-Jobs-Umschulungsmöglichkeiten gemeinsam mit dem AMS angeboten werden.
Unternehmer sollen zukünftig auch Möglichkeiten für ihre Mitarbeiter schaffen, klimabewusst handeln zu können: Einführung des Eco-Points-Systems, Job Räder, regionale und saisonale Lebensmittel im Betrieb sind nur einige von vielen Ideen.

Bildung

Klima- und Umweltschutz soll in allen Unterrichtsstufen als Querschnittmaterie behandelt werden. „Umweltbildung“ ist in vielen Unterrichtsfächern sinnvoll integrierbar und soll bereits in der Volksschule berücksichtigt werden. Dabei sollen bestehende Angebote unterstützt und erweitert werden (Sonnenkindergärten, Waldkindergärten, etc.). Ebenso sind weitere Studiengänge im Bereich Energie und Klima an der FH Vorarlberg anzudenken.

Regionalität und Landwirtschaft

Um Transportwege und damit CO2 einzusparen, sollen saisonale sowie regionale Produkte noch stärker gefördert werden. Bereits bestehende Initiativen, wie “Vorarlberg auf dem Teller”, sollen weiter ausgebaut und auf landeseigene Kantinen, Kindergärten, Schulen, Altenheime und Krankenhäuser erweitert werden. In diesem Zusammenhang muss ebenso ein weiterer Ausbau der klaren Herkunftsbezeichnung für alle von Seiten des Bundes eingefordert werden,

Abfallvermeidung

Nach dem Vorbild Amsterdam sollen unadressierte Werbesendungen nur noch dann zugestellt werden, wenn dies durch einen entsprechenden Hinweis ausdrücklich erwünscht ist. Auf diese Weise können Tausende Tonnen an unerwünschter Werbung eingespart werden, die direkt im Müll landen würde. Eine andere Möglichkeit wäre das System von Postwurfsendungen komplett zu digitalisieren.

Mobilität

Unsere Mobilität ist ein wichtiger Hebel in der Bekämpfung des Klimawandels. Darum müssen wir Anreize zum Umstieg auf den öffentlichen Verkehr oder zur Nutzung von betrieblichem Mobilitätsmanagement schaffen.

Im Sinne einer Gleichbehandlung aller Mobilitätsträger sollte es für Arbeitgeber möglich sein, zweckgebundene Zuwendungen auch an Fußgänger, Fahrgemeinschaften, Radfahrer und andere Formen sanfter und umweltfreundlicher Anreise zum Arbeitsplatz zu leisten. Diese Zuwendungen müssen dann nicht als „geldwerter Vorteil aus einem Dienstverhältnis" versteuert werden müssen. Konkret sollten steuerfreie Zuwendungen bis zu einer Obergrenze von max. 50 Euro pro Mitarbeiter und Monat geleistet werden können. Die Zuwendungen sollten für alle Arten von gesunden und umweltfreundlichen Verkehrsmitteln erbracht und analog zum Job-Ticket zusätzlich zu den allgemeinen steuerfreien Zuwendungen für Mitarbeiter erbracht werden können.

Car-Sharing soll flächendeckend ausgeweitet werden, um eine echte Alternative zur Anschaffung eines eigenen PKWs darzustellen: Angebot, Service und Koppelung an die diversen Mobilitätsknotenpunkte sind dabei wesentlich.

klimafitte Zukunft

Um auf den fortschreitenden Klimawandel vorbereitet zu sein, müssen wir unsere Lebensräume an die sich verändernden Begebenheiten anpassen, Grünräume schaffen und durch Dachbegrünungen den Auswirkungen der Bodenversiegelung entgegenwirken. Der Hitzeschutzplan des Landes soll geprüft und ausgebaut werden, um bei langanhaltenden Hitzewellen entgegen wirken zu können (hitzefrei für auf einem Bau Arbeitende, schulfrei für Kinder, etc.). Klimafreundliche Ortszentren mit begrünten Gebäuden, öffentlichen Trinkbrunnen sowie Abkühlungsflächen mit Fauna und Flora sollen zum Standard werden. Erholungs- und Lebensräume sollen dabei berücksichtigt werden. Hochwasserschutzprojekte wie Rhesi sind weiter zu forcieren.

Sicherheit und Integration

Sicherheit und Integration zählen zu den zentralen Herausforderungen und zugleich zu den tragenden Säulen einer stabilen und zukunftsfähigen Gesellschaft. Unser Anspruch ist es, beides ganzheitlich zu denken: Sicherheit bedeutet Schutz vor Gewalt, Respekt vor dem Rechtsstaat und verlässliche Strukturen – sowohl im Inneren als auch nach außen. Integration wiederum ist kein einseitiger Prozess, sondern eine gemeinsame Verantwortung, die Teilhabe und klare Erwartungen vereint. In diesem Papier legen wir unsere Positionen und Maßnahmen dar, die den sozialen Zusammenhalt stärken, Schutzbedürftigen Perspektiven bieten und gleichzeitig die Sicherheit aller Menschen in unserem Land gewährleisten sollen.

Schwerpunkte

- Innere Sicherheit
- Maßnahmen gegen Cybercrime
- Klare Integrationskonzepte
- Neutralität
- Wehrpflicht & Miliz

Innere Sicherheit

Zur inneren Sicherheit gehören soziale Wohlfahrt, ein leistungsorientiertes Bildungssystem, das allen Bürgerinnen und Bürgern im Wesentlichen kostenfrei zur Verfügung steht, geordnete Strukturen – Polizei und Gerichte -, aber auch die vielen Blaulichtorganisationen, die sehr stark ehrenamtlich organsiert sind und ein solider Staat, der mit den Mitteln, die ihm der Bürger im Wege von Steuern zur Verfügung stellt, verantwortungsvoll umgeht. Den sich häufenden Übergriffen gegen Organe der Öffentlichen Sicherheit, aber auch medizinischem Personal, ist seitens des Staates wirkungsvoll zu begegnen.

Sicher fühlt man sich, wenn man frei ist, das gilt gerade für den Bereich Bildung und Wissenschaft. Das schließt nicht aus, dass der Kampf gegen Antisemitismus und Islamismus aktiv geführt wird. Religionsunterricht an den Schulen dürften nur Lehrkräfte erteilen, die in Österreich ausgebildet worden sind und die deutsche Sprache auf hohem Niveau beherrschen.

Zur inneren Sicherheit gehört auch die Erkenntnis, dass die Cyberkriminalität den Unternehmen in Österreich Milliardenbeiträge kostet und damit die Wettbewerbsfähigkeit und letztendlich Arbeitsplätze gefährdet.

Die Reduktion der Strafmündigkeit etwa auf 12 Jahre muss überlegt werden. Die Exekutive hat gegen Gewalttäter bis 14 Jahren kein Durchgriffsrecht, was von dieser Gruppe oft bewusst ausgenützt wird. Verurteilte jugendliche Straftäter sollten verstärkt zu gemeinnützigen Arbeiten angehalten werden, um die Strafeinsicht zu erhöhen.

Eine weitere Bedrohung der Sicherheitslage erfolgt durch Terror-Netzwerke und radikalisierte, speziell religiös ausgerichtete Gruppierungen, Gewalt in Familien und natürlich auch auf der Straße. Aufgrund dieser Entwicklungen sind die Sicherheitskräfte besser auszurüsten und die Prävention in der Gesellschaft, speziell bei jungen Menschen, zu stärken, um Gewalt gegen Sicherheits- und Blaulichtorganisationen möglichst zu vermeiden bzw entschiedener zu bekämpfen. Die Maßnahmen gegen häusliche Gewalt, vor allem gegen Frauen, sind zu optimieren.

Zur Sicherheit gehört auch der bessere Schutz gegen Naturkatastrophen, technische Gebrechen wie Blackout und Chemieunfälle.

Cybercrime

Cybercrime bedroht unsere militärischen und zivilen Einrichtungen sowie Betriebe und Privatpersonen. Mehr Beratungsmöglichkeiten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen eingeführt werden, ebenso soll eine Erhöhung der Kompetenzen bei der Exekutive durchgeführt werden.

Neutralität

Die globale Sicherheitslage hat sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Österreich soll im Rahmen dieser Entwicklungen seine sicherheitspolitischen und verteidigungspolitischen Positionen in einem ehrlichen Prozess evaluieren. Das Bundesheer ist angesichts der veränderten Bedrohungslagen mit ausreichend Mitteln auszustatten.

Wehrpflicht & Miliz

Das Modell 6 Monate Wehrpflicht mit 2 Monaten verpflichtender Milizübungen ist wiedereinzuführen. Dabei sollen die derzeitige Regelung der Freistellung und Planbarkeit für Arbeitnehmer beibehalten und eine gute sozialversicherungsrechtliche Regelung weitergeführt werden. Grundwehrdiener und Zivildiener sollen bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung erhalten. Außerdem soll eine freiwillige Stellung für Frauen implementiert werden, die die verschiedenen Möglichkeiten von Bundesheer und sozialer Arbeit präsentiert.

Integration

Für den Erhalt des hohen Lebensstandards in unserem Land sind verschiedene Faktoren wie Fleiß und Einsatzbereitschaft der Belegschaften, Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und eine funktionierende Infrastruktur von zentraler Bedeutung. Angesichts der demographischen Entwicklungen und des bestehenden Bedarfes an weiteren Fachkräften für den Erhalt der Leistungsfähigkeit ist die Zuwanderung von Menschen eine wirtschaftliche Notwendigkeit und ein sozialer Zukunftsfaktor, den wir aktiv zu gestalten haben. Die Maßnahmen der Integration sind weiterhin gezielt auf die Ausgangssituationen zugewanderter Menschen abzustimmen und dahingehend auch zu unterscheiden.

Aufnahme wegen wirtschaftlicher Gründe

In Aufgabenbereichen mit längerfristig absehbarem Fachkräftemangel sind die Integrationsprogramme zu verstärken und der Zugang zum Arbeitsmarkt (Nostrifizierungen, Qualifizierungen) zu erleichtern.

Die Unternehmen sind aktiver in die soziale Integration von zugewanderten Arbeitskräften einzubinden bzw. darin zu unterstützen.

- Das Erlernen der deutschen Sprache als wesentliches Mittel der Verständigung und des Gestaltens des sozialen Zusammenlebens ist als wichtiger Akt der Integration von zugewanderten Menschen zu sehen. Dahingehend sind je nach Bildungsniveau Angebote auszubauen, um innerhalb von fünf Jahres jedenfalls ein für den täglichen Bedarf ausreichendes Sprachniveau zu erreichen. Das Prinzip Fördern statt Strafen soll dabei Grundlage von Maßnahmen sein, um das Integrationsziel zu erreichen.

Dahingehend sind je nach Bildungsniveau Angebote auszubauen, um innerhalb von fünf Jahres jedenfalls ein für den täglichen Bedarf ausreichendes Sprachniveau zu erreichen. Das Prinzip Fördern statt Strafen soll dabei Grundlage von Maßnahmen sein, um das Integrationsziel zu erreichen.

Aufnahme wegen Verfolgung und Krieg

Bei Menschen, die in Österreich primär um Schutz vor Verfolgung und Asyl ansuchen, bekennen wir uns zur Einhaltung der Menschenrechtskonvention, die Österreich ratifiziert hat. Zugleich sehen wir es als erforderlich an, dass mit der Bitte um Schutz vor Gewalt und Verfolgung auch die Bereitschaft der asylwerbenden Menschen gegeben ist, sich in die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen einzubinden und diese zu respektieren. Mit dem Vorarlberg Codex ist eine Leitlinie definiert, die unsere Haltung eines fairen Miteinanders zum Ausdruck bringt und ebenso klare Erwartungshaltungen formuliert, wie dies von Menschen im Asylverfahren mit zu erfüllen ist.

Die Qualität des Zusammenlebens lässt sich stärken, wenn wir Strukturen festigen, die Integration vom ersten Tag an fördern. Dazu zählen wir die Möglichkeiten von freiwilligen Tätigkeiten in gesellschaftlichen Aufgaben auf Gemeindeebene und das Erlernen von Sprache und Grundwerten, die das friedvolle Zusammenleben in unserer Gesellschaft verkörpern. Zu unterstützen sind zudem sozialräumliche Angebote (Vereine, Initiativen, Kulturbetriebe), die einen wertvollen Beitrag für eine soziale Integration leisten.

Der Respekt vor anderen Kulturen bedeutet, dass wir aktiv den Dialog gestalten und nicht akzeptieren, dass sich Parallelgesellschaften bilden. Augenmerk sollte daher auf bessere Rahmenbedingungen an zentralen Schnittstellen gelegt werden. Aus diesem Grund braucht es z.B. eine verbesserte Begleitung von Eltern schulpflichtiger Kinder, um sowohl das Schulsystem und die Mitwirkungspflichten verständlich zu machen und sich Eltern aktiv an der Integration ihrer Kinder in unsere Gesellschaft zu beteiligen.

Wohnen und Lebensraum

Wohnen, sowohl in Miete als auch im Eigentum, ist in den vergangenen Jahren in ganz Österreich deutlich teurer geworden. In zu vielen Haushalten in Vorarlberg muss bereits rund die Hälfte des Einkommens dafür ausgegeben werden, um sich das Dach über dem Kopf zu sichern. Steigende Mieten und Grundstückspreise, Inflation und Bauprojekte, die sich nicht am Wohnbedarf, sondern der Attraktivität für Investoren orientieren, setzen besonders junge Familien und ältere Menschen bei der Wohnungssuche immer mehr unter Druck. Auch für Menschen mit Beeinträchtigungen wird es immer schwieriger, barrierefreien Wohnraum zu finden, der bezahlbar ist. Darum setzt sich der ÖAAB Vorarlberg auf sämtlichen gesellschaftlichen und politischen Ebenen für ein qualitätsvolles, sozial gerechtes und leistbares Wohnen für alle ein.

Schwerpunkte

- Entwicklungsplan gemeinnützigen Wohnbau bis 2030
- Kostensensibilität beim Gemeinnützigen Wohnbau
- Mobilisierung leerstehenden Wohnraums
- Zukunftsorientiertes Bauen - Renovierungsoffensive
- Eigentum ermöglichen
- Wohnbauförderung

Wohnbauförderung

Die Wohnbauförderung des Landes Vorarlberg ist seit ihrer Einführung ein echtes Erfolgsmodell, das den Erwerb von Eigentum unterstützt. Dieses Modell gilt es für die Menschen in Vorarlberg an die sich wandelnden Rahmenbedingungen anzupassen. Es soll damit weiter bedarfsgerecht und an den aktuellen Entwicklungen am Wohnungsmarkt angemessen ausgestaltet werden. Der ÖAAB Vorarlberg unterstützt daher alle Maßnahmen, die die Wirkung der Wohnbauförderung als Antwort auf die Entwicklungen stärken.

Mobilisierung leerstehenden Wohnraums

Im Jahr 2018 erhob das Institut für Immobilien, Bauen und Wohnen im Auftrag des Landes, dass vorarlbergweit etwa 15.000 Wohnungen leer stehen. Jedoch beginnt die Herausforderung der Bekämpfung des Leerstandes bereits bei der Erhebung, denn die Zahl der Leerstände kann nur geschätzt werden, weil eine Meldung nicht vorgeschrieben ist. Um diese Leerstände zu aktivieren hat das Land Vorarlberg jedoch nur wenig Spielraum. Daher soll das Mietrecht flexibilisiert und ebenfalls den Ländern mehr Möglichkeiten gegeben werden. Bestehende Modelle wie „Sicher Vermieten“ sollen zudem weiter vorangetrieben und ausgebaut werden.

Zukunftsorientiertes Bauen - Renovierungsoffensive

Bauen ist eine langfristige Investition und verdient daher eine fachkompetente Begleitung, um ökologische und ökonomische Aspekte in gutem Gleichgewicht zu halten. Parallel zur Wohnbauoffensive soll es in Vorarlberg auch eine Renovierungsoffensive nach dem Motto „Aus Alt mach Neu“ sowie aus „1 mach 2“ geben. Dafür sollte vor allem für Sanierung von Wohnraum noch mehr kompetente Begleitung zur Verfügung stehen. Umbaumaßnahmen, die die Energieeffizienz, Bausubstanz, Baunutzungszahl, alternative Heizsysteme oder Barrierefreiheit von Gebäuden verbessern, sollen noch mehr vom Förderprogramm für die Baubegleitung profitieren. Das ausgelaufene Angebot von Sanierungslotsen für die Bauwerber soll in diesem Zuge ebenfalls verlängert werden.

Eigentum ermöglichen

Um beim Eigentumserwerb zu unterstützen, sollen Mietkauf und andere Modelle für modernes Wohnen weiterentwickelt, gefördert und in ihrer Umsetzung unterstützt werden. Als weitere Unterstützung beim Erwerb des ersten Wohneigentums sollen die staatlichen Nebenkosten für Grunderwerbssteuer oder Eintragungsgebühren ins Grundbuch dauerhaft abgeschafft werden.

Entwicklungsplan gemeinnützigen Wohnbau bis 2030

Im Zuge der Erstellung der Regionalen Entwicklungspläne (REP) durch die Gemeinden soll ein besonderes Augenmerk auf eine bedarfsorientierte Entwicklung von Wohnraum in den Gemeinden gelegt werden. Eines der Ziele sollte dabei sein, einen landesweiten Entwicklungsplan zu erstellen, um die Transparenz in diesem Bereich zu verbessern und Planungsgrundlagen zu verdichten. Ein Augenmerk bei der Ausweisung der Flächen gilt den Reserven und Potentialen für den gemeinnützigen Wohnbau.
Leuchtturmprojekte, die auf besondere Aspekte im gemeinnützigen Wohnbau eingehen, sollten verstärkt bekannt gemacht und weiter ausgebaut werden (z.B. gemeinwesensorientierte Quartiersentwicklung, „Wohnen 550“)

Kostensensibilität beim Gemeinnützigen Wohnbau

Im Hinblick auf die deutlich steigenden Baukosten sind Standards im gemeinnützigen Wohnbau zu überdenken. Dabei sind kurzfristige Einsparungspotentiale aber auch die längerfristigen Folgekosten zu berücksichtigen, um nicht heute eine erhöhte Last in die Zukunft unserer Kinder zu tragen. Dennoch braucht nicht jede Wohnanlage eine Tiefgarage und auch bei Wohnungsgrößen sind Modelle zu entwickeln, die sich aus einer Kombination von kleinerem privatem Wohnraum und gemeinsam genutzten Wohnflächen zusammensetzen. Mit unterschiedlichen Ausrichtungen der Wohnanlagen lässt sich besser auf die Vielfalt an Lebensverhältnissen eingehen und die Lebensqualität der Menschen steigern.

Platz für Notizen

Arbeitsgruppen

Arbeit & Steuern

- Andreas Kaljo
- Karin Feurstein-Pichler
- Christoph Moll
- Veronika Marte

Klima & Nachhaltigkeit

- Julian Bitsche
- Nadja Kolaczek
- Christoph Moll
- Veronika Marte

Gesundheit & Prävention

- Angelika Martin
- Simon Hagen
- Christoph Moll

Bildung & Schule

- Michaela Germann
- Angelika Martin
- Simon Hagen
- Simone Marguerite
- Andreas Kaljo
- Petra Voit
- Freddy Wittwer
- Johannes Hertnagel
- Josef Heinzle
- Stephan Obwegeser
- Barbara Röser
- Christoph Moll
- Veronika Marte

Sicherheit & Integration

- Wolfgang Türtscher
- Michael Felder
- Claudio Tedeschi
- Christoph Moll
- Veronika Marte

Familie & Jugend

- Simon Hagen
- Angelika Martin
- Heike Eder
- Julian Bitsche
- Christoph Moll
- Veronika Marte

Wohnen & Lebensraum

- Rudolf Lerch
- Christoph Moll
- Veronika Marte

Impressum:
ÖAAB Vorarlberg
Römerstraße 12, 6900 Bregenz
info@oeaab-vorarlberg.at
www.oeaab-vorarlberg.at

Bildnachweis Umschlag:
Matthias Dietrich/Matthias Gmeiner/Christina Metzler